
Antrag von Mitglied

Initiator_innen: **Yannick Shetty (Abgeordneter zum Nationalrat)**

Titel: **Positionspapier Gelingende Integration**

Positionspapier Gelingende Integration

1 POSITIONSPAPIER

2 GELINGENDE INTEGRATION

3 Vision einer Chancengesellschaft

4 Politik ist der Ort, an dem wir uns ausmachen, wie wir gut miteinander leben.
5 Für die Integrationspolitik ist das umso zutreffender, da sie das respektvolle
6 und friedliche Miteinander von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, Kultur
7 und Religion in unserer Gesellschaft leitet. Dieses Miteinander muss jedoch
8 aktiv gestaltet werden. Dafür braucht es eine **mutige, innovative und unabhängige**
9 **Integrationspolitik abseits von Klientelinteressen und Blockaden**, die jeden
10 Menschen, egal welcher Herkunft, zu einem freien, selbstbestimmten und erfüllten
11 Leben befähigt.

12 Österreich ist ein buntes Zuwanderungsland mit jahrhundertelanger Tradition,
13 einer hohen gesellschaftlichen Vielfalt und einer **beachtlichen**
14 **Integrationskraft**, in der das Zusammenleben über weite Teile ohne große Probleme
15 und Konflikte verläuft. Zugleich gibt es Bereiche, in denen wir
16 Herausforderungen im Integrationsbereich zu meistern haben. **Fehlender**
17 **politischer Gestaltungswille und Versäumnisse in der Vergangenheit** haben zu
18 einem kostspieligen Reparaturbetrieb und verpassten Chancen für die Betroffenen
19 geführt. **Das wollen und können wir uns nicht mehr leisten.**

20 Spannungsfeld Integration

21 Ein Teil des politischen Spektrums nutzt das Thema Integration als
22 polarisierenden Faktor in der Migrations- und Asylpolitik und ist mehr daran
23 interessiert, populistische Bedrohungsszenarien zu befeuern, anstatt sachliche
24 Lösungen für Probleme zu liefern. Das hat zu einem gesellschaftlichen Klima
25 geführt, in dem sogar bereits gut integrierte Bürger_innen an den Rand der
26 Gesellschaft gedrängt werden. Gleichzeitig werden problematische Entwicklungen
27 in der Integrationspolitik totgeschwiegen. Zwischen **emotionalisierten**

28 **Einwanderungsdebatten von rechts** und dem **Leugnen von Problemen von links** blieb
29 bisher kaum Platz für sinnvolle, sachliche und zukunftsorientierte
30 Integrationspolitik. **Mit NEOS hat die Integrationsdebatte endlich eine**
31 **lösungsorientierte Mitte gefunden.** Uns zeichnet aus, dass wir nicht in
32 Einseitigkeiten von Dramatisierung oder beschwichtigender Schönrede
33 verfallen. Anstatt politisches Kleingeld aus Problembeschreibungen zu schlagen,
34 sind wir bereit, Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft mit
35 Weitblick und Sachverstand zu übernehmen.

36 **Was verstehen wir unter gelingender Integration**

37 Aus Sicht von NEOS ist Integration eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit**
38 **klaren und verbindlichen Zielen.** Eckpfeiler sind hierbei die Zugewanderten,
39 seien das EU-Bürger_innen, Drittstaatsangehörige, Asylberechtigte, subsidiär
40 Schutzberechtigte oder Asylwerber_innen, genauso wie die Aufnahmegesellschaft
41 und der Staat. Allesamt haben klare Erwartungen zu erfüllen. Neben der
42 Verbindlichkeit ist eine aktivierende Politik ein zentraler Aspekt gelingender
43 Integration. Das Ziel jeder politischen Maßnahme muss es sein, Menschen dabei zu
44 unterstützen, ihr Leben in die Hand zu nehmen. Das bedeutet, sie zum
45 **Selbsterhalt zu befähigen** sowie **gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.** Wir
46 wollen eine pluralitätsfähige Gesellschaft, in der wir unsere individuellen und
47 gemeinsamen Chancen aufeinander abstimmen, sodass alle vorhandenen Potenziale
48 bestmöglich zur Entfaltung kommen.

49 Neben einer aktiven Integrationspolitik spielt eine aufgeschlossene
50 Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle. Integration darf **nicht länger als**
51 **Bringschuld von Zugewanderten verstanden werden,** die die eingessene
52 Bevölkerung nichts angeht. Im Gegenteil, jede_r einzelne spürt die Auswirkungen
53 (nicht) gelungener Integration, sei es am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft
54 oder im Klassenzimmer. Daher muss sich auch jede_r einzelne aktiv und
55 vorurteilsfrei für eine gelingende und zukunftsorientierte Integrationspolitik
56 einsetzen.

57 Niemand muss seine Herkunft oder seine kulturellen Wurzeln ablegen. Gleichzeitig
58 ist es für Zugewanderte wichtig, die sozialen und kulturellen Gewohnheiten in
59 Österreich kennenzulernen und ihnen mit Respekt zu begegnen. Als aufnehmende
60 Gesellschaft verlangen wir den **vollen Respekt für unsere europäischen**
61 **Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit, das Erlernen der deutschen Sprache** und
62 räumen im Gegenzug den Zugang zu Arbeitsmarkt, Sozial-, Gesundheits- und
63 Bildungssystem ein. Unser Zusammenleben im Alltag ist von einer Vielzahl
64 ungeschriebener Alltagsregeln, Gewohnheiten und Bräuche bestimmt und diese
65 verändern sich stetig. Aus dem Spannungsverhältnis von Verwurzeltem und der
66 Offenheit gegenüber Veränderung gewinnt dieses Land seine Kraft für die
67 Gestaltung der Zukunft.

68 **Grundhaltungen**

69 Aus Sicht von NEOS kann **Integration nur auf der Basis unverhandelbarer**
70 **europäischer Grundprinzipien,** einer verbindlichen und aktivierenden

71 Integrationspolitik und gegenseitigem Respekt gelingen. Das bildet das Fundament
72 einer vielfältigen Gesellschaft mit größtmöglichen individuellen Freiheiten.
73 Bereitschaft zur Vielfalt bedeutet, nicht nur die eigene Freiheit, sondern
74 insbesondere auch die Freiheit aller anderen in der Gesellschaft zu
75 gewährleisten. Das Ziel von Integrationspolitik muss sein, dass alle in
76 Österreich lebenden Menschen sich selbst erhalten und auf Basis unserer
77 Verfassung selbstbestimmt und eigenverantwortlich an der Gesellschaft teilhaben
78 können.

79 Die Grundwerte der Bundesverfassung sind die Grundlage für unser Zusammenleben.
80 Da diese auch die Europäische Menschenrechtskonvention und die Charta der
81 Grundrechte der Europäischen Union beinhalten, können wir von europäischen
82 Grundwerten sprechen. Wir NEOS erwarten, dass wesentliche Eckpfeiler von allen
83 in Österreich lebenden Menschen anerkannt werden. Dazu gehören unter anderem die
84 Gleichstellung von Mann und Frau, die Freiheit, zu lieben, wen man möchte und
85 das Bekenntnis zu unserem Rechtsstaat und bürgerlichen Freiheiten - wie zum
86 Beispiel das Recht auf Meinungsfreiheit. Wir dulden keinerlei Formen von
87 Abwertung und Extremismus, von Radikalisierung, Rassismus oder Diskriminierung
88 von sexuellen Minderheiten, religiös oder politisch Andersdenkenden, aufgrund
89 des Geschlechts oder der Herkunft. Gleichzeitig ist die Minimierung des
90 Einflusses von Religion auf staatliches Handeln eine der größten
91 gesellschaftlichen Leistungen Europas. Einer erneuten Politisierung der Religion
92 erteilen wir eine klare Absage.

93 Wir sehen drei Bereiche als besonders wichtig an, um die Integrationskraft
94 unserer Gesellschaft intakt zu halten:

95 **1. KLARE GESETZLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR EIN GELINGENDES** 96 **MITEINANDER**

97 Integration ist kein einzelner Schritt, den ein Mensch einmal setzt, sondern ein
98 dauerhafter Prozess ohne klaren Endpunkt. Integration betrifft fast alle
99 gesellschaftlichen Teilbereiche und ist somit eine Querschnittsmaterie. Sowohl
100 Arbeitsmarkt, als auch Gesundheitssystem, Wohnungsmarkt, Schulsystem,
101 Migrations- und Asylpolitik und viele weitere gesellschaftliche Bereiche sind
102 eng mit Integration verknüpft. Daher sind die politischen Rahmenbedingungen, wie
103 wir Integration gestalten, besonders wichtig.

104 Integrationspolitik ist aus Sicht von NEOS für alle verbindlich und soll die
105 Zugewanderten aktivieren, eigene Schritte zu setzen. Wir müssen uns dessen
106 bewusst sein, dass unterschiedliche Zuwanderungsgruppen verschiedene
107 Integrationsanforderungen mit sich bringen. Gleichzeitig ist uns klar, dass die
108 Integrationskraft unserer Gesellschaft qualitativ und quantitativ beschränkt
109 ist. Menschen mit geringem Bildungsniveau werden es z.B. um ein Vielfaches
110 schwieriger haben, mit dem hohen Bildungsstandard in Österreich mitzuhalten. Das
111 ist für sie und auch für die Gesellschaft eine Herausforderung. Das vorhandene
112 Integrationsgesetz wird den diversen Anforderungen an dieses komplexe
113 Politikfeld leider momentan nicht gerecht. Es ist sehr dürftig und die Themen
114 sind willkürlich gesetzt. Hier braucht es endlich einen Gesamtentwurf.

115 **NEOS-Forderungen:**

- 116 • **Klare Zuständigkeiten auf Bundes-, Landes- und Gemeinde- bzw. Städteebene**
117 **aufbauen**

118 Wir fordern ein umfassendes Integrationsgesetz, das **Zuständigkeiten und**
119 **Kompetenzen auf allen Ebenen definiert.** Gegenwärtig gibt es Strukturen in
120 Ansätzen. Sie dienen jedoch häufig nur dem Schein und leisten kaum das, was sie
121 vorgeben. Das neu geschaffene Integrationsministerium braucht starke
122 Kompetenzstellen in allen relevanten Ministerien, die in einem Netzwerk
123 zusammenarbeiten. Dieses bindet sowohl Zivilgesellschaft als auch Wissenschaft
124 ein. Nur so kann man den komplexen Anforderungen der Integrationspolitik auch
125 gerecht werden.

- 126 • **Einheitliches, verständliches und logisches Integrationsgesetz**

127 Der völlig unübersichtliche und sich zum Teil widersprechende Gesetzesdschungel
128 im Integrationsbereich muss ein Ende haben. Es darf nicht sein, dass wegen der
129 vielen Spezial- und Sondergesetzgebungen selbst Expert_innen die Gesetzeslage
130 nicht mehr durchschauen. Das dient weder der Transparenz, noch der
131 Nachvollziehbarkeit. Daher soll es in Zukunft Spezialgesetzgebungen für diverse
132 Zielgruppen nur in Bedarfsfällen geben. Es muss das Prinzip gelten: **So viele**
133 **grundlegende und logische Gesetze wie sinnvoll, so wenige Sondergesetze wie**
134 **nötig.**

- 135 • **Bedarfs- und wirkungsorientierte Integrationsförderung**

136 Wir brauchen eine umfassende Beurteilung der gesamten Integrationsaktivitäten
137 für eine aktivierende Integrationspolitik. Da, wo Bedarf an
138 Integrationsmaßnahmen besteht, muss gezielt gefördert werden. Da, wo der Bedarf
139 dank erfolgreicher Integrationsarbeit zurückgeht, können Förderungen anderweitig
140 eingesetzt werden. Dafür brauchen wir jedoch **Förderungen nach bedarfs- und**
141 **wirkungsorientierten Kriterien.** Wir brauchen eine aktivierende
142 Integrationspolitik, die die Menschen auf eigene Beine stellt und keine einfache
143 Betreuung, die in einer „erlernten Hilflosigkeit“ mündet. Nicht das Angebot
144 definiert den Bedarf, sondern der Bedarf definiert das Angebot.
145 Integrationspolitik muss wissensbasiert, bedarfsorientiert, befähigend, wirksam,
146 effizient und nachhaltig sein.

- 147 • **Ausbau der Werte- und Orientierungskurse mit individueller**
148 **Integrationsvereinbarung**

149 Die bestehenden Werte- und Orientierungskurse sind mit einer Dauer von acht
150 Stunden zu kurz. Sie sind dadurch momentan symbolisch und wirkungsarm. Die Kurse
151 müssen ähnlich wie in Belgien praxisorientiert und zielgruppengerecht
152 weiterentwickelt und ausgebaut werden. Sie sollen zudem die Möglichkeit der
153 individuellen Beratung und des individuellen Coachings geben: Nur in diesen
154 Gesprächen wird der Raum für persönliche Fragen und Perspektiven gegeben. Daraus
155 wird dann ein **individueller Integrations- und Bildungsplan erarbeitet und in**

156 **einer Vereinbarung festgehalten.** Dies hilft, die Erwartungen und Perspektiven zu
157 klären und somit eine Verbindlichkeit herzustellen. Die Integrationsvereinbarung
158 muss positive, motivierende Anreize bieten sowie Sanktionsmöglichkeiten bei
159 Nichteinhaltung.

160 **2. TEILHABE ALS INTEGRATIONSMOTOR**

161 Eine Gesellschaft funktioniert am besten, wenn sie inklusiv und aktivierend ist.
162 Sie muss **allen Menschen gleiche und faire Chancen** in der sozialen,
163 gesellschaftlichen und politischen Teilhabe ermöglichen. Für NEOS gibt es dafür
164 drei zentrale Bereiche:

165 **Integration durch Bildung**

166 Bildung ist der **Schlüssel zur Selbstentfaltung** und bildet die Basis, auf der wir
167 unseren Alltag meistern. Die Schule ist dabei jener Ort, an dem wir uns viele
168 der dafür notwendigen Fähigkeiten aneignen. Sie ist ein Ort der Aufklärung, des
169 Lernens und des kritischen Denkens. Aus einer integrationspolitischen
170 Perspektive gilt ihr daher eine besondere Aufmerksamkeit, denn der soziale
171 Hintergrund eines Kindes darf nicht für seine Bildungskarriere ausschlaggebend
172 sein.

173 **NEOS-Forderungen:**

174 • **Sprachförderung als Grundstein eines selbstbestimmten Lebens**

175 Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine Grundvoraussetzung für ein Leben auf
176 Augenhöhe. Mit Hilfe unserer Sprache machen wir uns das Zusammenleben im Alltag
177 aus. **Deutschförderung muss daher bereits im Kindergarten** beginnen. Neben der
178 kontinuierlichen Deutschförderung ist auch die **Erst- bzw. Muttersprache als**
179 **wertvolle Ressource** und feste Basis für das Erlernen von Deutsch zu fördern.
180 Mehrsprachigkeit muss in einer immer pluralistischeren Gesellschaft als Chance
181 wahrgenommen werden. Neben den klassischen europäischen Sprachen wie Englisch,
182 Französisch oder Italienisch dürfen andere, z.B. osteuropäische Sprachen oder
183 Türkisch und Arabisch nicht geringgeschätzt werden. Jede Sprache stellt einen
184 Wert an sich dar und erlaubt keine Hierarchisierung. Um auch die Erstsprache
185 angemessen zu fördern, braucht es einen vermehrten Einsatz muttersprachlicher
186 Pädagog_innen in Kindergärten und Schulen.

187 • **Der Bildungsauftrag muss in der Schule bleiben. Wir schaffen kostenlose** 188 **Ganztagsplätze für Schüler_innen an Schulen mit besonderen** 189 **Herausforderungen**

190 Ein problematischer Trend durchzieht seit Jahren unser Bildungssystem. Mit der
191 zunehmenden **Auslagerung des schulischen Bildungsauftrags in die Familien** (mit
192 den Kindern lernen, Hausaufgaben machen, teure Nachhilfe finanzieren etc.) haben
193 es seit Jahren bildungsstarke und finanziell besser gestellte Familien leichter.
194 Bildungsschwache Familien werden dagegen massiv benachteiligt. Das **verschärft**
195 **die soziale Vererbung von Bildungschancen** und somit die Ungleichheit, denn so
196 kommen die Bildungspotenziale der Eltern und nicht die der Kinder zum Tragen.

197 Daher fordern NEOS kostenlose ganztägige schulische Angebote für Kinder an
198 Schulen mit besonderen Herausforderungen. Damit sorgen wir für echte
199 Zukunftschancen für alle Kinder.

200 • **Von „Problem“-Schulen zu Chancenschulen – der Chancenindex für Schulen mit**
201 **besonderen Herausforderungen**

202 Religions- und herkunftsspezifische Konflikte im Klassenraum sind derzeit
203 Bestandteil des Schulalltags an Schulen mit besonderen Herausforderungen. Unter
204 anderem bereiten Diskriminierungserfahrungen der Schüler_innen, mangelnde
205 Anerkennung durch die Gesellschaft oder unkritisches Religionsverständnis und
206 Nationalismus den Boden, auf dem diverse Spannungen und Konflikte in der Schule
207 entstehen. Daher braucht es zusätzliche Mittel für Schulen mit besonderen
208 Herausforderungen. Über einen **Chancenindex bekommen die Schulen anhand**
209 **relevanter Indikatoren entsprechende Mittel zur Verfügung** gestellt. Das Ziel
210 ist, dass aus „Problem“-Schulen Chancenschulen werden. Dazu müssen die besten
211 Lehrer_innen für diese Schulen gewonnen werden. Neben der Schulsozialarbeit und
212 dem Ethik- und Religionsunterricht muss eine umfassende demokratiefördernde
213 Schulentwicklung stattfinden.

214 • **Verpflichtender „Ethik und Religionen“-Unterricht**

215 Schulen und Kindergärten sollen Räume sein, in denen die Kinder ungeachtet ihrer
216 Herkunft und Weltanschauung gleichberechtigt miteinander lernen und sich
217 persönlich entwickeln können. Eine spielerische, offene Selbstentfaltung steht
218 allen Kindern zu. Diese kann jedoch nur dann gewährleistet werden, wenn Kinder
219 nicht im Prozess des Heranwachsens zum Objekt strenger religiöser Praktiken
220 werden. Daher fordern wir das **verpflichtende Schulfach „Ethik und Religionen“**,
221 das Kinder **neutral und sachlich über die verschiedenen Religionen** aufklärt. Denn
222 auch wenn Religion Privatsache ist, ist die Auseinandersetzung mit Religionen im
223 schulischen Kontext im Rahmen der Allgemeinbildung notwendig. Wissen über
224 Religionen stärkt das wechselseitige Verständnis in unserer pluralistischen
225 Gesellschaft und bestärkt junge Menschen in ihrer Entscheidungs- und
226 Handlungsfähigkeit. Das Schulfach „Ethik und Religionen“ soll daher ein
227 verpflichtendes Unterrichtsfach ab dem ersten Schuljahr sein. **Politische und**
228 **weltanschaulich-religiöse Unabhängigkeit** sind hier wichtige Anforderungen, die
229 mit laufenden Evaluierungen zu gewährleisten sind. Darüber hinaus ist auch ein
230 **freiwilliger konfessioneller Religionsunterricht** möglich. Dieser ist nicht, wie
231 bisher üblich, ausschließlich durch die jeweiligen Glaubensgemeinschaften zu
232 gestalten, sondern soll in einem **Dialog auf Augenhöhe zwischen Expert_innen und**
233 **der Glaubensgemeinschaft ausgerichtet** werden. Dadurch soll gewährleistet werden,
234 dass der konfessionelle Religionsunterricht den Grundprinzipien unserer
235 pluralistischen, weltoffenen und demokratischen Gesellschaft entspricht.

236 • **Einrichtung einer Anti-Diskriminierungsstelle**

237 Nicht selten sind Schüler_innen und Lehrer_innen im schulischen Kontext mit
238 Diskriminierung konfrontiert. Das hemmt die Persönlichkeitsentwicklung von

239 Kindern und steht unserem Verständnis einer offenen, wertschätzenden und
240 pluralistischen Gesellschaft entgegen. An allen Bildungsdirektionen soll daher
241 eine **Anlaufstelle oder eine Vertrauensperson für Diskriminierungsfälle im Umfeld**
242 **der Schule** etabliert werden. Diese soll eine Erstanlaufstelle sein, an die sich
243 speziell Schüler_innen und Lehrer_innen wenden können. Dadurch soll ein
244 spezieller Fokus auf den Bereich Schule gelegt werden und zudem bereits
245 bestehende Einrichtungen und Aktivitäten aus diesem Bereich gebündelt werden.

246 **Arbeit und Soziales**

247 Die Zugewanderten leisten mit ihrer **Arbeits- und Tatkraft** einen wichtigen
248 Beitrag zur **wirtschaftlichen Dynamik und dem Wohlstand dieses Landes**. Eine
249 aktive Teilnahme am Arbeits- und Wirtschaftsleben kommt sowohl dem/der
250 Einzelnen, als auch der Gesellschaft zugute. Darüber hinaus stellt Arbeit einen
251 essentiellen Beitrag zur Integration dar, denn dadurch lassen sich soziale
252 Kontakte knüpfen.

253 Das Arbeits- und Sozialsystem bildet die Grundlage, ein eigenverantwortliches
254 Leben zu führen und in Notlagen möglichst schnell wieder auf eigenen Füßen zu
255 stehen. Unser Solidarsystem funktioniert jedoch nur, wenn alle im Rahmen ihrer
256 Möglichkeiten für ihren wirtschaftlichen Selbsterhalt sorgen und einen Beitrag
257 dazu leisten. Wer sich nicht einbringen will, schadet nicht nur sich selbst,
258 sondern untergräbt zudem die Solidargesellschaft, auf die er/sie angewiesen ist.

259 **NEOS-Forderungen**

260 • **Wirtschafts- und Integrationspolitik stärker zusammendenken und verbinden**

261 Wir können es uns aus einer wirtschaftlichen Perspektive langfristig betrachtet
262 gar nicht leisten, Menschen nicht zu integrieren. Einige **gezielte Investitionen**
263 **in der Integrationspolitik in der Gegenwart ersparen uns Milliarden an**
264 **Sozialleistungen in der Zukunft**. Daher müssen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und
265 Integrationspolitik noch stärker zusammengedacht werden, als bisher.

266 Die österreichische Wirtschaft braucht Fachkräfte. Ein effektives Zusammenwirken
267 von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft ist daher unabdingbar. Jugendliche
268 und junge erwachsene Zugewanderte sollen im Hinblick auf die Entwicklung des
269 Arbeitsmarktes in den nächsten Jahren beraten und motiviert werden, **Ausbildungen**
270 **in nachgefragten Berufsfeldern** zu absolvieren. Menschen, die aus humanitären
271 Gründen zu uns gekommen sind und gefragte Qualifikationen nachweisen können,
272 sollen schnell in berufsbezogenen Kursen Deutsch lernen und bei Bedarf
273 nachgeschult werden. Hierzu ist es notwendig, die vom **AMS erfolgreich**
274 **durchgeführten Kompetenzchecks auszubauen**, durch die die Betroffenen möglichst
275 rasch und unkompliziert einen guten Einstieg in den Arbeitsmarkt entsprechend
276 ihrer Kompetenz finden.

277 Viele Personen haben außerdem in ihrem Herkunftsland bereits eine Fachausbildung
278 abgeschlossen, stehen aber in Österreich häufig vor dem Problem, dass diese
279 nicht anerkannt wird. Um hier keine Potenziale ungenutzt zu lassen, müssen

280 **Nostrifizierungen rascher abgewickelt** und Personen in die Berufssparten
281 integriert werden, in denen sie ausgebildet sind.

282 Zugleich müssen die Unternehmen und Betriebe stärker darauf vorbereitet werden,
283 mit einer vielfältigen Belegschaft besser umzugehen. In diesem Zusammenhang ist
284 es wichtig, dass Vorurteile und Diskriminierung erkannt und abgebaut werden.
285 Dafür brauchen wir eine **stärkere Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik**
286 samt Anlaufstelle bzw. Ansprechpersonen in den Betrieben.

287 • **Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen bei bestimmten**
288 **Zuwanderungsgruppen**

289 In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass sich der **Bildungserfolg von Mädchen**
290 mit Migrationshintergrund im Vergleich zu dem von Buben deutlich verbessert.
291 Dieser Erfolg schlägt sich jedoch **nicht im gewünschten Ausmaß in der Arbeitswelt**
292 nieder. Immer wieder stellen **traditionelle Rollenbilder ein Hindernis für**
293 **Mädchen** dar. Zudem ist die Erwerbsbeteiligung von türkischstämmigen Frauen und
294 jenen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien stammen, deutlich geringer als bei
295 anderen Gruppen. Dieser Umstand ist aus mehreren Gründen nicht hinzunehmen:
296 einerseits führt dies zu einem niedrigeren Lebensstandard von Haushalten mit
297 Migrationshintergrund. Andererseits ist die Teilnahme am Arbeitsmarkt für eine
298 gelingende Integration zentral, weil sie dem Erwerb der deutschen Sprache und
299 der sozialen Teilhabe dient. Außerdem müssen wir verhindern, dass sich dieses
300 Muster in der nächsten Generation fortsetzt. Denn Kinder orientieren sich vor
301 allem am Verhalten ihrer Eltern und nicht daran, was sie sagen. Durch eine
302 **starke Frauen- und Elternarbeit**, sowie einen **Ausbau von zielgruppenspezifischen**
303 **AMS-Kursen** sollen diese Tendenzen überwunden werden.

304 • **Arbeits- und Sozialpaket zur Verbesserung der Erwerbsintegration**

305 Das Arbeits- und Sozialrecht muss besser abgestimmt und verschränkt werden.
306 Damit stellen wir sicher, dass Erwerbsanreize im Rahmen des Sozialsystems nicht
307 verlorengehen und die existentielle Grundsicherung für Menschen in Not
308 funktioniert. Hierzu benötigen wir eine **bundesweit einheitliche Regelung zur**
309 **bedarfsorientierten Mindestsicherung mit stärkeren Erwerbsanreizen**
310 (beispielsweise Einschleifregelungen bei der Mindestsicherung für arbeitende
311 Bezieher_innen). Gleichzeitig fordern wir einen **Ausbau der Sachleistungen und**
312 **eine Reduktion der Geldleistungen**. Neben einer Reform der Mindestsicherung
313 benötigen wir auch in der Arbeitsmarktpolitik neue Schritte. Eine Politik
314 bestimmt von vorurteilsbehafteten und kollektiven Zuschreibungen („faul“ vs.
315 „fleißig“) bringt uns nicht weiter. Stattdessen müssen wir den Fokus darauf
316 legen, welche Maßnahmen für eine aktive Erwerbskarriere notwendig sind. Hierzu
317 gehört ein **Ausbau der berufsbegleitenden Möglichkeiten** zur Qualifikation oder
318 **überregionalen Arbeitsvermittlung**.

319 **Teilhabe und Staatsbürgerschaft**

320 Integration ist nicht Assimilation. Im Regelfall fühlen sich Menschen, die sich
321 in einem anderen Staatsgebiet als ihrem Herkunftsland aufhalten, ihrem

322 Herkunftsland ebenso verbunden wie der neuen Heimat. In der neuen Heimat
323 genießen sie aber nicht die gleichen Rechte wie deren Bürger_innen. Da
324 **essentielle gesellschaftliche und politische Teilnahme- und Teilhaberechte** mit
325 der österreichischen Staatsbürgerschaft verbunden sind, muss im Sinne einer
326 aktivierenden Integrationspolitik die mehrfache Staatsangehörigkeit wesentlich
327 erleichtert werden.

328 **NEOS-Forderungen:**

329 • **Wahlrecht für Unionsbürger_innen**

330 Wir wollen für Unionsbürger_innen das aktive und passive Wahlrecht erweitern und
331 zusätzlich zum bestehenden Wahlrecht auf kommunaler Ebene auch ein
332 wohnsitzbezogenes Wahlrecht für Landtags- und Nationalratswahlen sowie der/des
333 Bundespräsident_in ermöglichen. Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in
334 Österreich haben, sollen auch auf politischer Ebene mitbestimmen können. Dadurch
335 wird die europäische Identität gestärkt und ein erster Schritt zu einer
336 Unionsbürgerschaft gesetzt.

337 • **Einbürgerung fair gestalten**

338 Die massiven Verschärfungen in Bezug auf den Erhalt der Staatsbürgerschaft haben
339 dazu geführt, dass wir nach Lettland die niedrigste Einbürgerungsrate in der EU
340 haben. Eines ist klar: Die Einbürgerung soll es nicht für jede_n geben, sie muss
341 an sinnvolle, klare Voraussetzungen gekoppelt sein. Aber Regelungen wie z.B. die
342 vergleichsweise sehr hohen Kosten oder zum Teil Jahre dauernden Verfahren
343 stellen **inakzeptable Hürden** dar. Gut integrierte und unbescholtene Menschen, die
344 sich einbürgern möchten, abzuschrecken, ist ein Demütigungsritual. Stattdessen
345 muss ein positives Signal ausgesendet werden: wenn Menschen die Anforderungen
346 erfüllen, freuen wir uns, dass sie Teil der Republik werden möchten. Weiters ist
347 es **demokratiepolitisch höchst bedenklich**, wenn ein **hoher Prozentsatz** von schon
348 lange in Österreich lebenden Menschen **kein politisches Mitspracherecht auf**
349 **Bundes- und Landesebene** hat. Deshalb sollen alle unnötigen Hürden am Weg zur
350 Staatsbürgerschaft abgebaut werden.

351 • **Regelungen zur Doppelstaatsbürgerschaft ins 21. Jahrhundert holen**

352 Kinder, deren Eltern aus verschiedenen Ländern stammen bzw. unterschiedliche
353 Staatsangehörigkeiten besitzen, sind von Geburt an Doppelstaatsbürger_innen.
354 Dadurch ist die Doppelstaatsbürgerschaft zu einer gesellschaftlichen Realität
355 geworden. Deswegen soll auch der **nachträgliche Erwerb der österreichischen**
356 **Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit**
357 möglich sein. Die weiteren Voraussetzungen (Unbescholtenheit,
358 Mindestaufenthaltsdauer, Integration/Sprachkenntnisse, Staatsbürgerprüfung)
359 bleiben bestehen. Die Berechnungsmodalitäten des gesicherten Lebensunterhalts
360 sind zu überarbeiten.

361 **3. MENSCHENWÜRDE ALS GRUNDLAGE EINES VIELFÄLTIGEN MITEINANDERS**

362 Wir leben in einer von Zuwanderung und Vielfalt geprägten Gesellschaft mit allen
363 ihren Chancen und damit verbundenen Herausforderungen. Die Bereitschaft, in
364 Vielfalt miteinander zu leben, bedeutet, in verschiedenste gruppen- und
365 milieuübergreifende Begegnungen und Beziehungen zu treten. Ein aufgeklärtes,
366 grund- und menschenrechtsbasiertes Verständnis für unser Zusammenleben ist daher
367 unverzichtbar. Die Menschenwürde bildet hierfür die Grundlage und darf auf
368 keinen Fall in Frage gestellt werden. Das heißt, dass im Zentrum das Individuum
369 und dessen Rechte stehen. Wir NEOS zeigen **keine Toleranz gegenüber intoleranten**
370 **Strömungen und Ideologien**, egal von welcher Seite sie auch kommen. Eine offene
371 Gesellschaft braucht klare Grenzen, um als solche existieren zu können.
372 Hinsichtlich der Maßnahmen stehen wir für einen verantwortungsbewussten
373 Realismus statt Dramatisierung oder Beschwichtigung.

374 **NEOS-Forderungen:**

- 375 • **Problematischen, integrations-störenden Milieus und Strömungen keinen**
376 **Platz geben**

377 Religiös oder ideologisch begründete Extremismen, abwertende Haltungen gegenüber
378 Gesellschaftsgruppen sowie Sexismus stellen in unserer Gesellschaft ein Problem
379 dar. Wir nehmen Tendenzen zur gesellschaftlichen Abkapselung und die partielle
380 Abneigung gegenüber europäischen Grundwerten genauso ernst wie Vorurteile der
381 aufnehmenden Gesellschaft und arbeiten an sinnvollen Lösungen. Wir schätzen die
382 Meinungs- und Religionsfreiheit und **entziehen Vertreter_innen**
383 **freiheitsfeindlicher Strömungen den Nährboden** für ihr Wirken **durch Stärkung der**
384 **liberalen und demokratisch gesinnten Kräfte**. Wir wollen dem weitaus größeren
385 Teil der nichtorganisierten, (nicht)religiösen und liberal gesinnten Menschen
386 eine Stimme geben. Wir setzen starke Anreize für Reformbemühungen, für
387 kritisches Denken und für Stimmen, die die bestehenden Verhältnisse kritisch
388 hinterfragen.

- 389 • **Verstärkte Arbeit mit Gruppen, die einen besonders hohen Bedarf an**
390 **Integration aufweisen**

391 Einzelne Zuwanderungsgruppen stehen vor besonders großen Herausforderungen, wenn
392 es um gesellschaftliche Integration, Anerkennung und das Zusammenleben geht.
393 Vorhandene Barrieren, Diskriminierungen und Benachteiligungen befördern die
394 sozialen Spannungen bis hin zum Rückzug in die eigene Gruppe. Bei Jugendlichen
395 stellt das Gefühl, unfair behandelt worden zu sein und keine Perspektiven zu
396 haben, einen Nährboden für Kriminalität sowie extremistische und
397 nationalistische Weltanschauungen dar. Dem müssen wir entgegenwirken,
398 **Jugendliche sollen eine Perspektive sehen**. Dazu muss die **Jugendarbeit gestärkt**
399 **sowie Vertreter_innen aus diesen Gruppen** gewonnen werden, die als
400 **Ansprechpartner_innen und Verstärker_innen in den jeweiligen Gemeinschaften**
401 **wirken**. Eine entsprechende Sozialarbeit soll daher auch auf die Gruppe der
402 jungen Erwachsenen ausgeweitet werden. Gleichzeitig müssen wir die
403 Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Sozialarbeit in Richtung dieser
404 Gemeinschaften ausbauen und ein tragfähiges Vertrauensnetz aufbauen. Zu diesen

405 Gruppen mit einem hohen Integrationsbedarf gehören z.B. Teile der
406 tschetschenischen, afghanischen, syrischen und somalischen Community. Zusätzlich
407 braucht es eine stärker bürgerorientierte Polizeiarbeit (Community
408 Policing/Management) nach schwedischem Vorbild und einen strategischen Aus- und
409 Aufbau der sozialen Arbeit in allen wichtigen Bereichen (Schulen,
410 Flüchtlingsheimen, Gefängnissen bzw. Justiz-Bereich).

411 • **Mehr Diversität und Repräsentation bei Behörden und im Gesundheitsbereich**

412 Gleichzeitig ist es notwendig, die **Beschäftigung und somit Teilhabe von Menschen**
413 **mit Migrations- oder Fluchthintergrund im öffentlichen Dienst gezielt zu**
414 **fördern.** Speziell bei Behörden und im Gesundheitsbereich ist deren vermehrte
415 Einbindung am dringendsten nötig, um die Kommunikation zu verbessern und die
416 Vielfältigkeit unserer Gesellschaft widerzuspiegeln. Genauso braucht es ein
417 Polizei- und Sicherheitspaket, das die Vielfalt innerhalb der Polizei stärkt.

418 • **Durch aktive Wohnpolitik und Städteplanung gemeinsame Räume schaffen**

419 Aufgrund von Zuwanderung und unterschiedlichen Lebensstilen ist das
420 gesellschaftliche Leben deutlich vielfältiger und bunter geworden. Dies führt
421 dazu, dass in Städten, Bezirken oder Gemeinden Menschen mit unterschiedlichsten
422 Interessen, sozialen Lebenslagen, Kulturen und Religionen zusammenleben. Wichtig
423 ist: wir alle leben in unseren Gemeinschaften und unseren Gesellschaftsgruppen.
424 Das ist normal und unproblematisch, solange das Nebeneinander offen und
425 entspannt ist sowie genug Räume und Möglichkeiten für ein Miteinander vorhanden
426 sind. Hier muss darauf geachtet werden, dass die einseitige Bindung nach innen
427 in die Gemeinschaft nicht das gemeinsame Leben mit seinem/ihrem Umfeld erschwert
428 oder gar verunmöglicht. Daher brauchen wir **viele gemeinsame Räume und Projekte,**
429 **die gruppenübergreifende Begegnungen, Kontakte und Freundschaften fördern und**
430 **unsere Gesellschaft pluralitätsfähig halten.** Denn auf Dauer verbindet uns im
431 alltäglichen Zusammenleben nicht unsere Herkunft, sondern unsere gemeinsamen
432 Interessen und Leidenschaften.

433 Hier wollen wir besonders bei der Städte- und Gemeindeplanung sowie
434 Wohnungsvergabe tätig sein. Wir müssen darauf achten, dass eine Durchmischung
435 nach Herkunft und sozialer Lage gewährleistet wird. Maßnahmen wie z.B. die
436 Hausbesorger 2.0, die in Konfliktfällen faire Lösungen im Gemeindebau finden,
437 sind ein guter Ansatz. Wir stehen für einen **verstärkten Fokus auf Integration in**
438 **der Wohnpolitik,** die z.B. eine Befristung von geförderten öffentlichen
439 Mietwohnungen auf drei Jahre beinhaltet. Ziel muss es sein, Räume für ein gutes
440 Mit- und Nebeneinander zu schaffen. Wir müssen ein entfremdendes und
441 zuspitzendes Nebeneinanderherleben vermeiden.

Unterstützer_innen

Birgit Obermüller; Christine Hahn; Dolores Bakos; Sandra Fantner